

Daran ändert sich auch dadurch nichts, daß jetzt im Wahlkampf verbal 30.000 zusätzliche Ausbildungsplätze angekündigt werden. Das wird nicht reichen für die Abiturienten und Abiturientinnen, die durchaus den Wunsch haben, zunächst einmal etwas Praktisches zu erlernen. Dann bleibt hinterher nichts anderes übrig, als sich an der Hochschule danach umzuschauen, wo es noch einen freien Platz gibt, wo kein Numerus clausus besteht; denn die Studiengänge, die noch einen gewissen Praxisbezug haben, sind weitgehend begrenzt.

(Badeck (CDU): Die Situation ist genau umgekehrt!)

- Nein, das ist nicht der Fall. Schauen Sie sich das Studium an, das am meisten praxisbezogen ist, die Zahnmedizin. Sie ist seit über 20 Jahren in höchstem Maße zulassungsbegrenzt. Sie wissen ganz genau, welchen Notendurchschnitt man dafür haben muß. Praxisbezogene Studiengänge, heute auch im Maschinenbau und in der Elektrotechnik, sind weitgehend zulassungsbegrenzt.

(Badeck (CDU): Die wollen studieren und können nicht, und deshalb gehen sie in die Betriebe!)

Fragen Sie an der TH Darmstadt nach! Es ist nicht möglich, praxisbezogene Ausbildungen in großem Umfang zu wählen.

Dann gibt es einen zweiten Punkt, der mit der Entwicklung der Gesellschaft und der vorhandenen Wirtschaftsordnung zusammenhängt: daß für junge Menschen in den Schulen die Gesellschaft und die Wirtschaft nicht durchsichtig genug sind. Sie können sich nicht hinreichend orientieren, sie wissen viel zu wenig darüber, was in den einzelnen Berufen getan wird.

Hier passiert dann ein Fehler, der nicht den jungen Menschen anzulasten ist, nämlich die kurzfristige Orientierung an dem so labilen Arbeitsmarkt. Dort wird von Jahr zu Jahr danach gesucht, was gefragt ist. Dies ist im Hinblick auf eine mehrjährige weitere Ausbildung und ein Studium kein Orientierungspunkt,

(Beifall Schwalba-Hoth (GRÜNE))

sondern dies ist einfach orientiert an dem kurzfristigen Bedürfnis der Wirtschaft,

(Beifall bei den GRÜNEN)

und da beißt sich die Katze in den Schwanz. Hinterher hat die Wirtschaft die Folgen dieser Kurzatmigkeit zu tragen.

Dazu gehört auch, daß man Prognosen in die Welt setzt, die nicht im Interesse der Schüler oder derjenigen veröffentlicht werden, die in die Hochschulen gehen; ich denke zum Beispiel an Prognosen, die dem Interesse des Staates dienen sollen. Noch 1973 wurde undifferenziert gesagt, es gebe einen ungeheuren Lehrermangel - nicht an der Qualifikation orientiert, sondern einfach quantitativ gesehen. Genauso ist es im vorigen Jahr geschehen, als gesagt wurde, in der Elektroindustrie bestehe ein Riesenmangel. Da wird dann versucht, Abiturienten für Studiengänge zu gewinnen, für die sie gar nicht motiviert und qualifiziert sind.

In diesen Zusammenhang gehört auch die Rolle der Berufsberatung in den Schulen. Hier gibt es erhebliche Schwierigkeiten für die Berufsberatung, ihre Vorstellungen und das, was an Orientierung notwendig wäre, überhaupt in den Schulen anzubringen. Die Schulen empfinden die Berufsberatung heute weitgehend als lästig. Aus Personalmangel, der auch durch die vorige Bundesregierung verursacht worden ist, die die Anzahl der Stellen in diesem Bereich nicht erhöht, sondern reduziert hat, findet höchstens noch einmal pro Oberstufe oder Mittelstufe eine zweistündige Schulveranstaltung statt.

Dies kann überhaupt keine Orientierung darstellen. Die Schulen weigern sich zunehmend, Schüler für Informationsveranstaltungen im Rahmen der Berufsberatung vom Unterricht zu befreien. Hier müßte auch das Kultusministerium einmal tätig

werden und die Rolle der Berufsberatung in den Schulen stärken. Dies ist eine ganz wichtige Sache.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei Abgeordneten der CDU)

Auch zur Größe der Hochschulen ist hier nichts gesagt worden. Ich habe bei Ihnen, Herr Börner, die Aussage vermißt, daß zur qualifizierten Ausbildung, zur multi- und polyvalenten Ausbildung dazugehört, daß ein Student die Hochschule heute auch nutzen kann. An einer Mammothochschule mit annähernd 30.000 Studenten wie etwa in Frankfurt kann ein Student das aber nicht tun. Dort ist die Orientierungslosigkeit so groß, daß man keine Zusatzqualifikationen mehr erwerben kann. Hier müßte also dringend etwas geschehen. Die Größe der Hochschule müßte verringert werden. Auch im Fall der TH Darmstadt sollte kein weiterer Zuwachs auf eine Hochschule hin mehr gestattet werden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Im Hinblick auf die Lehrerproblematik ist es wichtig, noch folgendes zu sagen. Wenn durch die Regelungen, die Sie hier vorgeschlagen haben, Stellen frei werden, so dürfen sie auf keinen Fall wieder zurück in den allgemeinen Personaltopf des Landesfinanzministers fließen. Es darf also nicht erst vom Minister zentral über diese Stellen entschieden werden. Vielmehr muß ganz deutlich werden, daß eine Bindung an die Schulen vorgenommen wird, an denen diese Stellen frei werden. Das muß garantiert werden. Ansonsten wird niemand einsehen, daß man sich irgendwelchen Beschränkungen unterwerfen sollte, und es wird auch keine Motivation vorhanden sein, daß Lehrer sich solidarisch verhalten, wie wir es wünschen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Lang:

Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Die Aussprache ist geschlossen.

Der Antrag soll dem Ausschuß für Fragen des öffentlichen Dienstes - federführend - sowie dem Kulturpolitischen Ausschuß und dem Haushaltsausschuß zur Mitberatung überwiesen werden. Es ist so beschlossen.

Ich rufe nunmehr Tagesordnungspunkt 9

Antrag der Fraktion der SPD betreffend Ausbildung für alle Jugendlichen im Jahre 1983 - Drucks. 10/51 -

sowie Tagesordnungspunkt 14 auf:

Antrag der Fraktion der GRÜNEN betreffend Erweiterung des vollschulischen Ausbildungsangebotes - Drucks. 10/151 -

Ich eröffne die Aussprache. Das Wort hat der Kollege Stöckl.

Stöckl (SPD):

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland hat am 10. Februar eine verbindliche Zusage über 30.000 Ausbildungsplätze, die in diesem Jahr zusätzlich zur Verfügung gestellt werden, erteilt.

(Brückner (GRÜNE): Eine nicht zutreffende Zusage! - Gegenruf von der CDU: Woher wissen Sie das?)

Ich habe hier nicht über die juristische Relevanz dieser Zusage zu diskutieren. Ich möchte nur erwähnen, daß in dem Antwortschreiben des Industrie- und Handelstages als Begründung angeführt wird:

Zu der gemachten Aussage wurden wir dadurch ermutigt, daß in diesem Jahr der relativ starke Einstellungsjahrgang 1980 aus dem Verhältniß

verstehen. Denn Studenten, die nicht woanders unterkommen können, gehen dann nach Kassel.

(Schoppe (CDU): Unter dem Motto: Ab nach Kassel!)

Ich halte den Weg, der hier eingeschlagen wurde, für richtig, insbesondere im Hinblick auf die wachsende Zahl an Hochschulzugangsberechtigten in den nächsten Jahren.

Nun haben wir in Hessen einen verhältnismäßig hohen Anteil der akademischen Ausbildung, der Hochschulausbildung, in unserem Lande konzentriert, wesentlich mehr, als uns nach der Bevölkerungszahl zustünde. Wir haben im Grunde genommen die Oberlastgrenze - so will ich es einmal ausdrücken - bereits 1981 bei der Neumatrikulation von Studenten erreicht. Wir müßten also, gemessen an allen anderen Bundesländern, die zu diesem Zeitpunkt im Durchschnitt noch 5 % Unterauslastung an den Hochschulen hatten, noch mehr aufsatteln, wenn wir der Probleme Herr werden wollten. Unser Bestreben ist es auch, hier mehr zuzulegen als im Bundesdurchschnitt, nämlich 15 % statt 10 %.

Vizepräsident Dr. Lang:

Herr Kollege, Ihre Redezeit ist um. Kommen Sie bitte zum Schluß.

Mutz (SPD):

Ich werde gleich zum Schluß kommen.

Wir müssen also etwas mehr tun als andere Bundesländer. Ich bin guter Hoffnung, daß wir das können, weil es ja auch bei uns noch Bereiche gibt, in denen eine Unterauslastung im Hochschulbereich vorhanden ist. Dort muß intern umgeschichtet werden. Neben den zusätzlichen Belastungen für den Landeshaushalt muß auch eine Umschichtung innerhalb der Hochschulen stattfinden, damit wir der Nachfrage in den nächsten Jahren nachkommen können und damit wir soweit wie möglich eine Ausbildungsplatzgarantie von unserer Seite aus geben können.

Vielen Dank!

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Lang:

Das Wort hat Herr Abg. Schoppe.

Schoppe (CDU):

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Das Problem der Jugendarbeitslosigkeit und fehlender Ausbildungsplätze hat, wie ich meine, eine doppelte Dimension. Es ist nämlich nicht nur ein privates Problem, an dem sehr viele Einzelschicksale hängen, sondern es bedeutet zugleich eine gesellschaftliche Herausforderung. Jeder, meine ich, der zur Verbesserung dieser bedrückenden Situation einen Beitrag leisten kann, ist aufgefordert, hier mitzuwirken, damit das Schlagwort "Von der Schule in die Leere" hoffentlich bald der Vergangenheit angehört.

Maßnahmen der Politiker, die hier gefordert sind, setzen allerdings auch die Kenntnis der Ursachen voraus. Ich möchte fünf Beispiele nennen, die hierfür maßgebend sind.

Das ist zum einen die verschlechterte wirtschaftliche Lage. Über die Verantwortung für diese Lage brauchen wir nicht zu debattieren. Die ist klar und gestern schon zum Ausdruck gekommen.

(Dann (SPD): Das ist auch die Frage des Wirtschaftssystems!)

- Das ist nicht die Frage des Systems, sondern das ist die Frage der politischen Verantwortlichkeit, auch auf Bundesebene.

(Beifall bei der CDU - Zuruf von der SPD: Jetzt kann es nur noch aufwärts gehen!)

Der zweite Grund. Hier liegen strukturelle Probleme vor; aber wir können feststellen, daß fehlende Ausbildungsplätze beispielsweise nicht nur im Zonenrandgebiet oder in Nordhessen zu verzeichnen sind. Selbst in Ballungsgebieten wie dem Rhein-Main-Gebiet gibt es hier Engpässe.

Dritter Grund: Die geburtenstarken Jahrgänge treten auch bis in die Jahre 1985/86 noch in das Erwerbsleben ein. Es entsteht ein Schereneffekt, nämlich auf der einen Seite steigende Nachfrage nach Ausbildungsplätzen und gleichzeitig ein sinkendes Angebot. Deshalb ist es auch notwendig - ich sage dies ganz deutlich -, daß wir auf Vorrat ausbilden, damit sich nämlich nicht 1985 der Facharbeitermangel noch weiter vergrößern wird.

Vierter Grund: ausbildungshemmende Vorschriften. Ich will dies nicht im Detail hier auflisten. Ihnen allen ist bekannt, welche Vorschriften hier vielfach dazu geführt haben, daß Ausbildungsplätze nicht mehr zur Verfügung standen.

Schließlich der fünfte Grund für diese Situation: eine Verunsicherung der ausbildenden Betriebe durch ständige Diskussion über Ausbildungspflicht, Ausbildungsabgabe, Meldepflicht - in der letzten Plenarsitzung haben wir das ja auch hier erlebt -, außerbetriebliche Ausbildung usw.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, mit dem Kntippel hat man erfahrungsgemäß noch keine großen pädagogischen Erfolge erzielen können. Deshalb lehnen wir dies ab.

(Beifall bei der CDU - Zuruf Schilling (GRÜNE))

Trotz dieser schwierigen Situation ist bemerkenswert, welche Leistungen die Wirtschaft und besonders das Handwerk auf dem Gebiet der Ausbildung in der Vergangenheit vorbildlich erbracht haben. Wir haben im vergangenen Jahr nachweislich des Berufsbildungsberichtes der Bundesregierung einen Zuwachs von 4,2 % zusätzlich abgeschlossener Ausbildungsverträge. Auch hier in Hessen hat die Wirtschaft seit 1974 rund 50 % mehr Ausbildungsverträge abgeschlossen.

Die Diskussion über die Zusage der Wirtschaft, in diesem Jahr zusätzlich 30.000 Ausbildungsplätze zur Verfügung zu stellen, was dem Bundeskanzler gelungen ist, ist eine bemerkenswerte Tatsache, die heute selbst von Vertretern der Gewerkschaften nicht mehr bestritten wird.

(Beifall bei der CDU)

Ich erinnere daran, daß der Gewerkschaftsvorsitzende, Herr Breit, wenn er sich nicht auf dem Marktplatz, sondern in Gesprächen mit den politisch Verantwortlichen und den Verantwortlichen der Wirtschaft äußert, von einer ernstgemeinten Zusage der Wirtschaft spricht.

Es sind nicht nur diese 30.000 zusätzlichen Ausbildungsplätze versprochen worden, die Wirtschaft bietet auch jungen Arbeitslosen die Chance, ein berufsorientiertes Jahr in Betrieben und überbetrieblichen Einrichtungen zu absolvieren. Das ist sicherlich kein einklagbarer Rechtsanspruch; darüber sind wir uns einig. Aber ich meine, ein bißchen mehr Vertrauen in die Zusagen derjenigen, die sich hier sozialpolitisch verantwortlich verhalten, gehört dazu.

(Beifall bei der CDU)

Eine Zahl sollte man auch wissen, wenn es um Vertrauen in Zusagen der Wirtschaft geht. Das Handwerk hat allein in den letzten fünf Jahren in der Bundesrepublik 200.000 zusätzliche Ausbildungsplätze zur Verfügung gestellt. In fünf Jahren 200.000 Ausbildungsplätze! Das bedeutet im Schnitt pro Jahr 40.000. Das ist eine beachtliche Leistung.

Einige zerreden allerdings nach bekannter Manier ganz bewußt diesen großartigen Beitrag der Wirtschaft. Das Ritual vollzieht sich jedes Jahr aufs neue. Anfang des Jahres, in den ersten Monaten des Jahres, große Panikmache: Es fehlt an Ausbildungsplätzen. Schlimm, schlimm! Die böse Wirtschaft - wir haben es auch hier wieder gehört -, Versagen des dualen Systems. Dann wird mit Zahlen jongliert, wobei sich auch der Deutsche Gewerkschaftsbund besonders hervortut.

Und in der zweiten Hälfte des Jahres dann die bekannte Tatsache, daß das Problem doch weitestgehend durch die Betriebe zur Zufriedenheit gelöst worden ist.

(Bökel (SPD): Beschwören Sie das nicht! - Blaul (GRÜNE): Wo denn?)

Weil wir gerade beim DGB sind: Bei anderen Problemen spricht man dort gern von Erbsenzählerei, beispielsweise wenn es um die Quantifizierung bestimmter Sachverhalte geht.

Vizepräsident Dr. Lang:

Herr Kollege, lassen Sie eine Zwischenfrage zu?

Schoppe (CDU):

Im Moment nicht.

Bei der Feststellung der Zahl der angebotenen und der nachgefragten Ausbildungsplätze betätigt man sich selbst als Erbsenzähler. Und dies mit äußerst umstrittenen Methoden. Auch die Kollegin Haibach-Walter hat ja vorhin ihren Beitrag dazu geleistet.

Auf der Angebotsseite argumentiert man nur mit den Ausbildungsplätzen, die bei den Arbeitsämtern gemeldet sind, und vergißt dabei, daß eine Reihe von Betrieben Ausbildungsverträge abschließen, ohne sie dem Arbeitsamt gemeldet zu haben. Die Angebotsseite ist also größer als das, was bei den Arbeitsämtern offiziell registriert ist.

Und wie sieht es auf der Nachfrageseite aus? Man zählt zu den bei den Arbeitsämtern gemeldeten Lehrstelleninteressenten alle diejenigen dazu, die beispielsweise im Berufsgrundbildungsjahr unterrichtet werden oder in einer beruflichen Fortbildungsmaßnahme der Arbeitsverwaltung, in denen sie überhaupt erst noch die Voraussetzungen erwerben müssen, damit sie eine Berufsausbildung antreten können. Das heißt: künstlich überhöhte Zahlen. Ich meine, mit diesen Methoden werden Jugendliche und Eltern verunsichert, und die Ausbildungsleistung der Betriebe wird abqualifiziert.

(Beifall bei der CDU)

Ich möchte mich an dieser Stelle ganz ausdrücklich bei den Betrieben bedanken, die in der Vergangenheit verantwortungsbewußt ihren Beitrag geleistet haben, ihre soziale Verantwortung bewiesen haben. Diese Bemühungen, liebe Kolleginnen und Kollegen, müssen allerdings in diesem Jahr fortgesetzt werden - darüber sind wir uns im klaren -, weil wir noch nicht über den Berg sind.

(Bökel (SPD): Wollen Sie damit sagen, daß es keiner staatlichen Initiative bedarf, weil die Betriebe das alles in den Griff kriegen?)

Auch die Schulen und gerade die beruflichen Schulen haben hier in dieser Situation ihren Beitrag geleistet. Auch den Berufsschullehrern muß einmal dafür Dank gesagt werden, in dieser schwierigen Situation mit großen Klassen überhaupt fertig zu werden.

(Beifall bei der CDU)

Das Zusatzlastprogramm, um das es hier geht, das das Kabinett im vergangenen Jahr beschlossen hat und das in diesem Jahr fortgesetzt werden soll, soll eine Chance bieten über das

hinaus, was im sogenannten Vorschaltgesetz an Maßnahmen enthalten ist.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich dazu eine Bemerkung machen. Der Staatssekretär im Kultusministerium hat erklärt, daß das, was im Vorschaltgesetz enthalten ist, auf eine bestimmte Gruppe von Jugendlichen zielt. Er hat nämlich gesagt, daß das Programm auf solche Jugendliche ausgerichtet sei, die gegenwärtig weder einen Ausbildungsplatz noch einen schulischen Weiterbildungsplatz hätten. Wo sie sich zur Zeit befänden, könne man nur vermuten. Jedenfalls seien sie ohne Beschulung und ohne Beschäftigung.

Meine Damen und Herren, haben wir nicht bis zum 18. Lebensjahr die Schulpflicht? Auf wen zielt eigentlich dieses Programm? Gerade gestern in der Diskussion mit dem Finanzminister, der im Augenblick nicht da ist, wurde deutlich, daß diese Lehrverträge erst zum 1.8. dieses Jahres wirksam werden. So sehen jedenfalls auch die Richtlinien des hessischen Wirtschaftsministers vor, daß die Jugendlichen, die hier in einen zusätzlichen Vertrag hineinkommen, zunächst einmal das zehnte Pflichtbildungsjahr absolviert haben müssen.

Eine erfreuliche Feststellung, meine Damen und Herren, beweist sie doch, daß die Regierung auf die pädagogische Behandlung durch die Opposition noch anspricht; denn wir haben darauf hingewiesen, daß es wenig sinnvoll ist, Jugendliche jetzt mitten im Schuljahr aus einer Bildungsmaßnahme im zehnten Schuljahr herauszuholen. Das hat man erfreulicherweise erkannt. Man hat unsere Argumente aufgegriffen. Jetzt werden in der Regel diese Verträge zum 1.8. abgeschlossen.

(Bökel (SPD): Also finden Sie das gut?)

Nur, damit ist natürlich eines sicher, Herr Bökel, dieses Programm verdient den Namen Sofortprogramm somit nicht mehr.

(Beifall bei der CDU - Bökel (SPD): Ist denn das nichts, daß die Jugendlichen, die voriges Jahr nichts bekommen haben, jetzt einen Ausbildungsvertrag auf dem Tisch haben?)

- Sie hatten ursprünglich einmal den 1. März ins Auge gefaßt. Sie haben ihn dann aus der Vorlage klammheimlich wieder herausgestrichen, weil Sie gemerkt haben, daß der 1.3. für ein Sofortprogramm sinnvoll gewesen wäre. Nur, daß es nicht zu verwirklichen war, haben Sie selbst erkannt. Jetzt wird der 1.8. daraus. Man hätte diese Stellen doch auch im normalen Haushalt ausbringen können. Warum denn nicht!

Sehen Sie einmal, der Regierungspräsident geht draußen herum und sucht junge Lehrkräfte, die zum 1.8. an einem BAT-Vertrag für die Beschulung von ausländischen Jugendlichen interessiert sind. Das macht er jetzt schon. Das ist ja eine gute Sache.

Nur, die Stellen stehen auch im Haushalt 1983 und sind noch nicht beschlossen. Warum hätte man das mit den Lehrstellen nicht genauso machen können? Dieses Vorschaltgesetz verdient den Namen Vortäuschgesetz. Etwas anderes ist es nicht in diesem Zusammenhang.

(Beifall bei der CDU - Pfuhl (SPD): Nun übertreibe aber nicht! - Weitere Zurufe von der SPD)

- Es wird etwas vorgetäuscht, was gar nicht da ist.

(Pfuhl (SPD): Das ist schon unter Schoppe-Niveau!)

Vizepräsident Kern:

Herr Kollege Schoppe, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abg. Dann?

(Schoppe (CDU): Bitte!)

Kollege Dann!

Dann (SPD):

Kollege Schoppe, Sie haben in Ihren Ausführungen geltend gemacht, daß es ein gemeinsames Anliegen sein sollte, Ausbildungsplätze bereitzustellen.

Ich habe kein Verständnis dafür, daß Sie sich jetzt in dieser Weise mit der Frage Vorschaltgesetz oder ordentlicher Haushalt beschäftigen. Wir sollten doch dankbar sein, daß wir es geschafft haben. Mittel stehen bereit. Wir können handeln.

(Zabel (SPD): Packen wir's an!)

Hier geht es doch nicht darum, wer recht hat oder wer nicht recht hat. Wir haben etwas erreicht.

Schoppe (CDU):

Herr Dann, wir sind uns völlig einig. Es geht darum, dieses drängende Problem zu bewältigen. Nur, mit den Methoden, die Sie den anderen bisher vorgegaukelt haben - ich sage es einmal so deutlich - haben Sie nichts erreicht.

Wir werden jetzt gemeinsam dafür sorgen, daß zum 1.8. die Jugendlichen einen Ausbildungsplatz bekommen. Dafür wäre der Haushalt das richtige Mittel gewesen. Unsere Bemühungen gehen in die gleichen Richtungen wie Ihre, nur nicht so, daß wir den Leuten etwas vortäuschen, was in Wirklichkeit nicht der Fall ist.

(Beifall bei der CDU - Blaul (GRÜNE): Hören Sie sich doch einmal den Kohl an, was der erzählt!)

Was bedeutet denn Ausweitung der schulischen Maßnahmen? Darum geht es hier an der Schule, an der Front draußen. Das kann doch nur heißen, daß die Klassengrößen weiter erhöht werden. Ich meine, dafür gibt es nur begrenzte Möglichkeiten; denn wenn Sie einmal mit den Vertretern der Staatlichen Schulämter sprechen, dann wissen Sie, daß dieses Mittel schon im letzten Schuljahr bis aufs äußerste ausgereizt ist.

Das heißt aber dann nur, daß mit Beginn des neuen Schuljahres zusätzliche Klassen eingerichtet werden. Dazu sagen wir grundsätzlich ja, weil es eine Selbstverständlichkeit ist, zusätzliche Klassen an den beruflichen Schulen einzurichten, und zwar im Bereich des zehnten Schuljahres, weil wir ja nach dem Schulpflichtgesetz alle Jugendlichen, die keinen Ausbildungsplatz haben oder keine weiterführende Schule besuchen, verpflichten, ein zehntes Schuljahr zu absolvieren.

Wenn Sie sich einmal die Zahlen aus dem letzten Schuljahr ansehen, dann können Sie feststellen, daß drei Viertel der Schüler, die in den beruflichen Vollzeitschulen dazugekommen sind, nur ihrer Schulpflicht nachkommen. Ein Viertel der zusätzlichen Schüler entfällt auf den Bereich der Klassen 11, das heißt, sie besuchen freiwillig eine solche vollschulische Maßnahme.

Was wir also hier beschließen sollen, ist eine Selbstverständlichkeit. Wer das Gesetz beschließt, der muß auch dafür sorgen, daß nachher diejenigen, die dem Gesetz unterliegen, diese Pflicht erfüllen können.

Es werden sich aber Probleme räumlicher Art ergeben. Die Berufsschulen sind schon überfüllt. Wenn wir uns einmal das Sofortprogramm anschauen, dann ist für Baumaßnahmen nichts vorgesehen. Der Haushalt des Jahres 1983 enthält auch nur wieder 35 Millionen DM für den Bau von Berufsschulen, die wir auch schon im vergangenen Jahr hatten. Hier ist also nichts vorgesehen. Offensichtlich sind Flachwasserteiche, Feldholzinseln und Kalkmagerrasen wichtiger als der Bau neuer Berufsschulen.

(Beifall bei der CDU)

Es gibt Probleme personeller Art. Wir haben im Haushalt - Herr Kollege Mutz hat das jetzt angesprochen -

622.000 DM für Lehraufträge, insbesondere an Handwerksmeister im Umfang von 50 Planstellen. Das ist sicher eine erfreuliche Sache, die sich logischerweise aber aus diesem Überlastprogramm ergibt.

Allerdings, Herr Kollege Mutz, jetzt im Bereich der beruflichen Schulen mit 300 zusätzlichen Lehrern zu operieren, ist natürlich nur die halbe Wahrheit. Insgesamt 300 Verträge für die Ausländerbeschulung, richtig. Sie dürfen aber nicht vergessen, daß die geschäftsführende Landesregierung in ihrem Haushalt gleichzeitig vorschlägt, 200 BAT-Stellen aus diesem Bereich abzuziehen, so daß per saldo letztlich nur 75 zusätzliche Stellen übrigbleiben. Die volle Wahrheit muß man sagen. Dann sieht es schon etwas anders aus. Wir müssen uns sicherlich im Ausschuß über Details noch weiter unterhalten, wie es im personellen Bereich aussehen kann.

Das dritte Problem sind die Sachmittel. Liebe Kolleginnen und Kollegen, zum Unterricht sind auch Lehrmittel und Lernmittel erforderlich. Jetzt nehmen Sie einmal den Haushalt 1983. Auch da sind die Mittel für Lehr- und Lernmittel wieder zusammengestrichen worden. Sie wurden reduziert, per saldo jedenfalls, wenn man von einer Sonderzahlung, die in diesem Jahr zusätzlich anfällt, einmal absieht.

Ich meine, es reicht eben nicht, Jugendliche in einer Lehrstelle unterzubringen oder sie in einer Schule zu verwahren. Es muß eine Qualifizierung stattfinden, die dem Jugendlichen wirklich dient. Dazu gehören auch Räume und Lehrmittel.

Das zehnte Schuljahr, das in Ihrem Antrag angesprochen ist, ist zur Zeit in Modellversuchen vorhanden. Aber die Union wird einer weiteren Ausweitung dieser Modellversuche nicht ihre Zustimmung geben können, weil wir meinen, daß diese Bildung im Bereich der beruflichen Schulen angebracht ist und weniger an den Hauptschulen.

(Beifall bei der CDU)

Bei der Behandlung des Punktes 11 der Tagesordnung werden wir dazu noch einiges sagen.

Drittes Stichwort: Vollschulische Ausbildungsgänge für Lernschwache und ausländische Jugendliche ohne Ausbildungsvertrag. Diese Ausbildung ist angesiedelt in den 11. Klassen, also nicht in den 10. Klassen innerhalb der Schulpflicht. Hier tangieren sich die Anträge der SPD und der GRÜNEN.

Aber ich frage mich, wenn ich mir beide Anträge anschau: Warum sollen hier zusätzliche schulische Kapazitäten geschaffen werden, wenn für diese Jugendlichen betriebliche und überbetriebliche Ausbildungskapazitäten vorhanden, aber nicht voll ausgenutzt sind? Diese Frage muß man doch einmal stellen.

Zwei Beispiele: Wir haben das sogenannte Koch-Programm - nach seinem Verfasser im Bundesbildungsministerium -, auch Benachteiligtenprogramm genannt. Die neue Bundesregierung hat die Mittel für das Benachteiligtenprogramm um rund 25 % auf 124 Millionen DM für das Jahr 1983 aufgestockt - eine sinnvolle, eine notwendige Maßnahme, wie ich meine; denn sie bedeutet, daß wir in diesem Jahr rund 6.000 lernschwache Schüler durch diese Maßnahmen zusätzlich fördern können, während es im letzten Jahr nur rund 2.000 waren.

Es ist gedacht für Jugendliche ohne Ausbildungsplatz, die an berufsvorbereitenden Maßnahmen teilgenommen haben. Es gibt freie Träger, die sich dafür interessieren. Ich nenne zum Beispiel den Internationalen Bund für Sozialarbeit, der freie Kapazitäten hat und hier gern einsteigen und dies übernehmen will. Warum soll dann an der Schule etwas geschaffen werden, wo es beengt ist, während an anderer Stelle, bei freien Trägern Kapazitäten da sind?

Ein zweites Beispiel: Ich meine, die gleiche Argumentation gilt für vollschulische Maßnahmen für ausländische Jugendli-

che. Die Maßnahmen zur Berufsvorbereitung und sozialen Eingliederung junger Ausländer, abgekürzt MBSE-Maßnahmen, werden auch von der Landesregierung positiv bewertet; ich erinnere nur an die Äußerungen des Hessischen Sozialministers dazu.

Frage: Warum sollen denn zusätzliche schulische Kapazitäten geschaffen werden, wenn zum Beispiel auch hier wieder bei freien Trägern - Internationaler Bund für Sozialarbeit, Volkshochschulen - und in der hessischen Wirtschaft freie Kapazitäten vorhanden sind, die eben noch nicht voll ausgeschöpft sind? Das ist eine Frage, die man doch einmal stellen darf. Man sollte nicht zusätzliche Kapazitäten schaffen, die wegen der Möglichkeiten an anderer Stelle nicht notwendig sind. Dies leuchtet nicht ein.

Wir lehnen - und da unterscheiden wir uns von der SPD und auch von den GRÜNEN - diese vollschulischen Maßnahmen grundsätzlich ab, weil wir der Meinung sind, daß sich das duale Ausbildungssystem bewährt hat. Wir wollen keine Verschulung, und deshalb sagen wir zu weiteren vollschulischen Maßnahmen ganz einfach nein.

(Bökel (SPD): Darf ich eine Zwischenfrage stellen?)

Vizepräsident Kern:

Ich bitte Sie darum, Herr Kollege Schoppe, langsam zum Ende zu kommen. Sie haben jetzt 15 Minuten geredet.

(Zuruf Bökel (SPD) - Gegenruf von der CDU: Der blökt nur! - Gegenruf Bökel (SPD): Ich hole gleich meine Schrotflinte!)

Schoppe (CDU):

Ich meine, in dieser schwierigen Situation, in der wir alle unseren Beitrag leisten müssen, kann man sich nicht auf die Maßnahmen beschränken, die hier vorgeschlagen werden. Vielmehr gilt es, jede denkbare Möglichkeit zu nutzen, um den Jugendlichen Ausbildungsmöglichkeiten zu bieten.

Ich komme zum Schluß und möchte fünf zusätzliche Vorschläge machen, über die wir auch einmal nachdenken sollten.

Erstens. Die Landesregierung sollte sich Gedanken darüber machen, die Förderprogramme für die gewerbliche Wirtschaft finanziell aufzustocken, um zusätzliche Anreize zu schaffen.

Zweitens. Die Landesregierung sollte sich für den Abbau ausbildungshemmender Vorschriften einsetzen.

Drittens. Die Landesregierung ist gefordert, bei der Bundesanstalt für Arbeit vorstellig zu werden, damit vorhandene Förderlehrgänge nicht abgebaut und in schulische Maßnahmen eingegliedert werden. Die Landesregierung sollte sich - und hier stimme ich mit den Äußerungen von Herrn Kollegen Kerschgens von vorhin überein - bei der Arbeitsverwaltung auch dafür einsetzen, daß nicht Stellen der Berufsberatung zugunsten der Leistungsabteilung abgebaut werden; denn Berufsberatung ist wichtig für junge Menschen, damit sie den richtigen Lehrberuf ergreifen und sich nicht auf die zehn Modeberufe oder Traumberufe stürzen und nachher sagen, sie seien ohne Lehrstelle, weil sie den idealen Ausbildungsplatz nicht gefunden hätten.

(Bökel (SPD): Es können nicht alle Abgeordnete werden, Herr Schoppe! - Heiterkeit)

Viertens. Die Landesregierung sollte sich dafür einsetzen, daß die Anrechnungsverordnung ausgesetzt und aus einer Muß-Vorschrift eine Soll-Vorschrift wird.

Fünftens meine ich, daß man auch über unkonventionelle Vorschläge zur Lösung dieses Problems einmal nachdenken muß: die Teilung von Ausbildungsplätzen, das Ausbildungs-

platz-Sharing, wie es modellhaft erfolgreich bei der BASF in Ludwigshafen erprobt wird, kann auch in Hessen einmal erprobt werden; ebenso die Teilung von Ausbildung in Blöcke, Ausbildungsverbundsysteme zwischen verschiedenen Betrieben oder Ausbildungskooperationsmodelle zwischen öffentlicher Hand und Wirtschaft, wie es zum Beispiel in der Stadt Dreieich verwirklicht wurde.

Lassen Sie uns gemeinsam die Bemühungen fortsetzen und verstärken, um Jugendlichen eine Zukunftsperspektive zu eröffnen und sie nicht zum Ausstieg zu veranlassen!

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Kern:

Die nächste Wortmeldung kommt von Herrn Abg. Lenz, (CDU).

Lenz (Hanau) (CDU):

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die SPD-Fraktion hat es für richtig befunden, diesem Haus einen Antrag vorzulegen, in dem drei von der Sache her divergierende Problemfälle in einem Paket verschnürt werden. Ich möchte um der Klarheit willen dieses Bündel aufschnüren und auf den Aspekt der Ausländerkinder eingehen, auf die wohlklingende, aber unverbindliche Formulierung im Absatz 2 des Antrages der SPD.

Eine erste Feststellung: Die Antragsteller haben durchaus einen Nerv des Problems erkannt, an dem die Schulen mit hohem Ausländeranteil bei uns in Hessen leider immer noch kranken. Dies ist die völlig unzulängliche Versorgung mit Lehrern. Derzeit gilt bei uns ein Zuteilungsfaktor von 75 zu 1, das heißt, bei jeweils 75 ausländischen Kindern wird der Schule ein zusätzlicher Lehrer zugewiesen.

Bereits vor zweieinhalb Jahren, im September 1980, hatte die CDU-Fraktion in diesem Haus einen Antrag eingebracht, bei einem Ausländeranteil von über 20 % die Doppelzählung als Berechnungsgrundlage einzuführen. Diesem Antrag widerfuhr jedoch das übliche Schicksal eines Oppositionsantrages: Ein wohlüberlegter und wirkungsvoller Vorschlag wird zunächst in zwei Fachausschüssen auf Eis gelegt und dann genau ein Jahr später in der üblichen Form durch Mehrheitsentscheid mit fadenscheiniger Begründung abgelehnt.

Vor einem Jahr, im März 1982, habe ich hier im Plenum diese Forderung bei der Debatte um die Situation der ausländischen Schüler wiederholt und weitere Vorschläge zur Verbesserung in differenzierter Form dargestellt.

Jetzt, zu diesem verspäteten Zeitpunkt, dokumentiert die SPD-Fraktion ihre mangelnde Originalität, ihre Einfallslosigkeit, indem sie Anregungen und Anträge der Opposition ausgräbt, mit denen die CDU bemüht war, Mißstände in Schulen mit hohem Ausländeranteil abzustellen, die damals Jahre zuvor noch unkomplizierter und leichter hätten beseitigt werden können.

Ungewollt, meine sehr verehrten Damen und Herren von der linken Seite dieses Hauses, zeigen Sie mit diesem Antrag Ansätze von Einsicht, aber Sie bekunden zugleich, wie wenig der von Ihnen gestellte geschäftsführende Kultusminister auch Ihrer Meinung nach in diesem Bereich seine Zuständigkeit bisher ausgefüllt hat.

Bei näherer Betrachtung der vom Kultusminister veröffentlichten Zahlen über den zusätzlichen Einsatz von Lehrern in Schulen mit hohem Ausländeranteil erweist sich seine Behörde entweder als ein Haus der vielen Zungen oder als ein Produzent einer verzerrten Arithmetik. Gestatten Sie mir, dies zu verdeutlichen.

(Zabel (SPD): Das wird aber schwerfallen!)